

N i e d e r s c h r i f t

**der 45. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses**

Raum 116 im Stadthaus am 18.09.2013

öffentlich

Ort: Stadthaus, Raum 116
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:02 Uhr bis 18:02 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:07 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter für Frau Ewert
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Frau Gertrud Ewert	SPD
--------------------	-----

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 45. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- 6.1. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
im Finanzausschuss vertagt
- 6.2. Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha (Seebener Straße-Freifläche neben der Grundschule "Hans Christian Andersen")
Vorlage: V/2013/11516
gleiche Voten in den Ausschüssen
- 6.4. Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2
Vorlage: V/2012/10579
gleiche Voten in den Ausschüssen
- 6.5. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11831
sowie
- 6.5.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6) (V/2013/11831)
Vorlage: V/2013/11883
gleiche Voten in den Ausschüssen
- 6.6. Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM) und Neuschaffung eines Fachbereiches (FB) Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement
Vorlage: V/2013/11919
gleiche Voten in den Ausschüssen
- 6.7. Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2013/11905
gleiche Voten in den Ausschüssen

- 6.8. Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2013/11906
gleiche Voten in den Ausschüssen

- 7.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer
turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten
Vorlage: V/2013/11766
im Vergabeausschuss vertagt

- 7.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines
Kulturtickets für Studierende
Vorlage: V/2013/11839
im Kulturausschuss vertagt

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat darum auch den TOP

- 6.3. Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von
Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018
Vorlage: V/2013/11899

Von der Tagesordnung abzusetzen, da hierzu bereits im Finanzausschuss eine umfangreiche Diskussion stattgefunden habe.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bestätigte die Aussage von Herrn Wolter und führte aus, dass auch aus seiner Sicht eine Behandlung im Hauptausschuss nicht erforderlich sei.

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte, dass der TOP

- 7.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales
Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055

im Finanzausschuss durch seine Fraktion für erledigt erklärt wurde.

Zum TOP

- 7.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt
Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636

fragte **Herr Wolter** nach, ob es unterschiedliche Voten in den Gremien gegeben habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte dies und bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Aktuelle Stunde zur Resolution der Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums Halle (Saale)
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. *Brandschutzbedarfsplan*
Vorlage: V/2012/10626 abgesetzt
 - 6.2. *Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha (Seebener Straße-Freifläche neben der Grundschule "Hans Christian Andersen")*
Vorlage: V/2013/11516 abgesetzt
 - 6.3. *Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018*
Vorlage: V/2013/11899 abgesetzt
 - 6.3.1. *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018 (V/2013/11899)*
Vorlage: V/2013/12034 abgesetzt
 - 6.4. *Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2*
Vorlage: V/2012/10579 abgesetzt
 - 6.5. *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11831 abgesetzt
 - 6.5.1. *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6) (V/2013/11831)*
Vorlage: V/2013/11883 abgesetzt
 - 6.6. *Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM) und Neuschaffung eines Fachbereiches (FB) Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement*
Vorlage: V/2013/11919 abgesetzt
 - 6.7. *Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: V/2013/11905 abgesetzt
 - 6.8. *Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: V/2013/11906 abgesetzt

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement*
Vorlage: V/2012/11055 *abgesetzt*
 - 7.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480
 - 7.3. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten*
Vorlage: V/2013/11766 *abgesetzt*
 - 7.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle (Saale) im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11774
 - 7.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/11791
 - 7.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636
 - 7.7. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende*
Vorlage: V/2013/11839 *abgesetzt*
 - 7.8. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung
Vorlage: V/2013/11799
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
 - 9.1. Fortschreibung Personalbericht 2013 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11916
 - 9.2. Ausschreibungstext für den Pachtvertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung des Naturbades Heidesees
Vorlage: V/2013/11959
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 44. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 03.07.2013.

Die Mitglieder stimmten bei 2 Enthaltungen einstimmig zu.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der 44. nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 5 Aktuelle Stunde zur Resolution der Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums Halle (Saale)

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass auf der Einladung zur Sitzung als Gast *Frau Dr. Heinemann-Meer*, *Präsidentin der Ärztekammer Sachsen-Anhalt*, angekündigt sei und die Mitglieder des Hauptausschusses nun über das Rederecht abstimmen müssen.

Somit bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Einräumung des Rederechtes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Dr. Heinemann-Meerz, Präsidentin der Ärztekammer Sachsen-Anhalt, bedankte sich bei den Mitgliedern des Hauptausschusses für die Möglichkeit zur Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums Halle (Saale) zu sprechen.

Sie informierte, dass bereits im April 2013 eine Begehung der Kliniken gemeinsam mit der Landesregierung und dem Wissenschaftsrat der medizinischen Fakultät stattgefunden habe

Anfang Mai 2013 wurden erste Inhalte des Gutachtens bekannt, wonach die geforderten Umsetzungen positiv gewertet wurden.

Über das abschließende Gutachten sei man jedoch erschrocken und verwundert. Geführte Gespräche und Vorortbegehungen finden kaum Erwähnung.

Dem Gutachten ist weiterhin eine zusätzliche Bewertung zu entnehmen, welche äußerst unüblich ist. Hiernach stellt die finanzielle Situation des Landes die entsprechenden Rahmenbedingungen. Der Standort Magdeburg dürfe demnach nicht vom Standort Halle gefährdet werden.

Frau Dr. Heinemann-Meerz erklärte, dass sie bereits den Kontakt zum Oberbürgermeister suchte, um Unterstützung seitens der Stadtverwaltung zu erhalten.

Weiterhin haben bereits zwei Demonstrationen stattgefunden, die für den Erhalt der medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums protestierten.

Sie führte auf, dass sie viele Nachfragen aus der Bevölkerung zum Ärztemangel erhalte. Zwar sei die Bleibequote der Absolventen im Vergleich sehr hoch, sie liegt bei 60 %. Doch sind diese Absolventen auch erforderlich, um die entstehenden Lücken der abgehenden Generationen zu ersetzen.

Frau Dr. Heinemann-Meerz fügte ihren Ausführungen hinzu, dass keine medizinischen Absolventen aus anderen Bundesländern ihre Tätigkeiten hier aufnehmen, so dass die hier ausgebildeten Fachkräfte zwingend erforderlich sind.

Sie fasste einige im Gutachten positiv bewertete Einrichtungen zusammen:

Pflegewissenschaften

Beteiligungen an Nat.kohortenstudie

Einrichtung des Gutenberg Krebszentrums

Zahnmedizin

Verbesserung des Dorothea Erleben Zentrum (fand im Gutachten keine Erwähnung)

Negativ wurden in dem Gutachten folgende Bereiche dargestellt:

Wettbewerbsfähigkeit des Krebszentrums

Kooperation und Vernetzung der Krankenversorgung

Aus Sicht von **Frau Dr. Heinemann-Meerz** ist die die wissenschaftliche Bewertung unzureichend. Halles Gesamtmedizin liege bei 96 % also ähnlich angesiedelt wie die von Magdeburg.

Die Resolution ist zwingend erforderlich, da die medizinische Fakultät noch nicht über den Berg sei. Es sind beide Standorte, also Halle und Magdeburg, erforderlich, um den dringend benötigten Nachwuchs an Medizinern zu rekrutieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die umfangreichen Ausführungen von Frau Dr. Heinemann-Meerz.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte, dass auch er keine Abstriche an der medizinischen Fakultät in Halle machen möchte.

Aus der aktuellen Diskussion heraus haben sich Fragen zum Investitionsstau ergeben. Es sei hier eine Rede von 80 Mio. EUR. Weiterhin fragte er nach der Konkurrenz der unterschiedlichen Kliniken in Halle. Angeblich würden einzelne Bereich nicht kostendeckend arbeiten können.

Frau Dr. Heinemann-Meerz erklärte den Investitionsstau damit, dass dieser über die Anzahl der Jahre berechnet werde. Dies sei durch verschiedenste Faktoren bedingt.

In der Stadt Halle gibt es kein kommunales Krankenhaus, so dass die Betreiber der unterschiedlichen Einrichtungen letztlich damit machen können was sie wollen. Das Sozialministerium könnte regulierend eingreifen, was aus ihrer Sicht auch vernünftig wäre. Doch die Verwaltungen der Häuser berücksichtigen nur den Gewinn. Dies wiederum schadet der Universität.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, führte aus, dass die Universitätskliniken als Maximalversorger gebraucht werden. Diese entsprechend der Landesregierung auszuhöhlen, da noch frei agierende Krankenhäuser zur Verfügung stehen betrachtet er als fatale Entscheidung.

Er informierte, dass der Stadtrat dem Antrag zustimmte, wonach der Erhalt der Fakultät unterstützt werde. Es ist das Bekenntnis erforderlich, dass Halle als Standort erhalten bleibt, um so den zögerlichen Investitionen entgegenzuwirken.

Herr Lange merkte an, dass wenn die Ambulanzen so arbeiten würden, wie die Krankenkassen sie finanzieren, die Arztpraxen maßlos überfüllt wären.

Er forderte den Oberbürgermeister auf sich zum Erhalt der Fakultät zu bekennen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass deutlich unterschieden werden müsse, was Angelegenheit des Stadtrates sei. Es sei essentiell, dass medizinische Sicherung erfolge. Es sei aber nicht die Angelegenheit der Stadt.

Unter Berücksichtigung der alternden Bevölkerung ist ein maximal medizinischer Bedarf erforderlich. Sollte tatsächlich der Standort in Halle aufgegeben werden, werde die Bevölkerung nicht nach Magdeburg reisen, sondern die Kliniken in Leipzig nutzen, der Mittelabfluss gehe somit in andere Bundesländer.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es bereits Verhandlungen zwischen dem Dekan und den einzelnen Krankenhäusern gebe.

Frau Dr. Heinemann-Meerz erklärte, dass sie diesen Gesprächen positiv gegenüberstehe. Sie führte aus, dass bereits in der Vergangenheit im Bereich der Unfallmedizin eine gemeinsame Struktur gefunden wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass er im Namen der Stadt Halle die Resolution zum Erhalt der Universitätsmedizin unterzeichnen werde.

Er bedankte sich für das Gespräch bei Frau Dr. Heinemann-Meerz.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals** **Vorlage: V/2013/11480**

Herr Krause, SPD-Fraktion, schlug den Mitgliedern des Hauptausschusses vor, die Beschlussfassung zum Antrag nochmals zu verschieben. Er führte an, dass die Bundestagswahl im eine Veränderung der derzeitigen Konstellation in der Regierung mit sich bringen könnte. Somit sei nicht bekannt, wie die endgültige Entscheidung zum Saalekanal aussehen werde.

Er ergänzte, dass der Antrag ausblende, dass doch noch die Entscheidung möglich sei, die Saale als Restwasserstraße hinunter zu stufen. Dies sei kein gutes Signal nach außen, zumal selbst die Unternehmen abwarten, bis eine verkehrsrechtliche Grundsatzentscheidung dazu gefällt wird.

Herr Krause bat darum den Antrag 2014 neu einzubringen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, informierte, dass der Antrag bereits seit einigen Monaten vertagt werde. Aus seiner Sicht müsse die Initiative ergriffen werden. Die Saale soll damit stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Er wies darauf hin, dass eine konzeptionelle Vorstellung der Stadt Halle bislang nicht bekannt sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass das Wassertourismuskonzept zeitnah in den Rat eingebracht werde.

Bezüglich der im Antrag geforderten Bürgerbeteiligung merkte **Herr Stäglin** an, dass diese wegen der Ereignisse im Juni verschoben werden musste. Bereits in der Beigeordnetenkonferenz wurde das Integrierte Stadtentwicklungskonzept im Zusammenhang mit der Stadt Leipzig diskutiert. Das Wassertourismuskonzept betrachte jedoch das Gebiet um Dessau-Roßlau bis hin zur Leipziger Seenlandschaft.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, da dieser am Kern des Problems vorbeigehe.

Bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Saale muss deutlich formuliert sein, welche Art von Schiffsverkehr gewünscht sei. Es sei davon auszugehen, dass keine Regierung finanzielle Mittel für den Ausbau bereitstellen werde.

Weiterhin ist es aus seiner Sicht nicht erforderlich die Unternehmen dahingehend zu befragen, wie sie die Saale zukünftig nutzen wollen, da bereits zum jetzigen Zeitpunkt kein Schiffsverkehr vorhanden sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass er den Argumenten nicht folgen könne.

Der Beschlusspunkt 1 des Antrages beinhalte, dass die Stadt Halle die Initiative ergreifen soll, um u.a. mit den Saaleanliegern über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale ins Gespräch kommen soll. Dem daraus resultierenden Ergebnis müsse die Saale entsprechend gestaltet werden.

Weiterhin führte **Herr Lange** aus, dass der Beschlusspunkt 5 darauf abzielt, eben nicht schon vorher Grundsatzentscheidungen zum Hafen Halle zu treffen. Erst nachdem man sich über die Nutzung der Saale geeinigt habe, könne man hierüber befinden.

Herr Lange machte deutlich, dass die Fraktion DIE LINKE nicht von dem Antrag abweichen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte nach, ob bei dem Antrag alle Anlieger der Saale gemeint seien oder nur die in der Stadt Halle ansässigen.

Herr Dr. Meerheim vermittelte, dass sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch gemeinnützige Träger entlang der ganzen Saale inbegriffen seien.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte sich dahingehend, dass der Antrag nicht ausgearbeitet sei. Beispielhaft benannte er den Beschlusspunkt 2, der aus seiner Sicht eine sehr offene Auftragsvergabe darstelle. Die geforderte Umfrage sei substanzlos, da Zukunftsperspektiven unsicher seien.

Weiterhin bat **Herr Wolter** um Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Wehrich informierte, dass es hierbei nicht um die touristische Gestaltung der Saale ginge, sondern bspw. wie die Schleusen zukünftig gestaltet werden.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

geänderter Beschlussvorschlag

Einzelabstimmung

B.-Punkt 1	mehrheitlich abgelehnt 4 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen
B.-Punkt 2	mit Patt abgelehnt 6 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen
B.-Punkt 3	mehrheitlich zugestimmt 9 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
B.-Punkt 4	mehrheitlich zugestimmt 8 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen
B.-Punkt 5	mehrheitlich zugestimmt 6 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen

Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft ~~auch ohne einen Seitenkanal~~ zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

- ~~1. Die Stad Halle/ Saale ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (ohne Saaleseitenkanal) ein.~~
- ~~2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.~~
3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.
4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.
5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes ~~sind~~ **sollen** Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha ~~auszusetzen~~ **ausgesetzt werden.**

zu 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle (Saale) im Hauptausschuss Vorlage: V/2013/11774

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte, dass es für den Stadtrat oftmals sehr schwer durchschaubar sei, welche Verträge durch die Stadt vergeben werden.

Er argumentierte, dass Fachaufträge, die nach außen vergeben werden, oftmals sehr kostenintensiv seien. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung in der Lage sein wesentliche Aufgaben selbst zu verwalten.

Der Hauptausschuss soll hinterfragen, ob die Vergaben tatsächlich erforderlich seien und ob nicht doch eigene Kapazitäten genutzt werden können.

Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht, wies darauf hin, dass der Antrag aus rechtlicher Sicht zu unbestimmt sei.

Der geforderte Eingriff umfasst alle Beraterverträge und dies sei nicht zulässig. Er fügte seinen Ausführungen hinzu, dass Städte wie Magdeburg oder auch Dessau-Roßlau dem Oberbürgermeister einen deutlich höheren finanziellen Spielraum für Vergaben einräumen.

Herr Kley sagte, dass er dieser Argumentation nicht folgen werde. Zwar habe der Oberbürgermeister das Recht Aufträge zu vergeben, doch sei Stadtrat verantwortlich für den Haushalt.

In der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt sei geregelt, dass der Gemeinderat für alle Ausgaben zuständig sei. Es handele sich bei dem Antrag um ein Angebot gemeinsam zu agieren.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte, dass der Haushalt zwar nicht jedes einzelne Gutachten abbilde, jedoch die Höhe der Ausgaben dafür in Gänze. Seiner Meinung nach seien die Fachbereiche durchaus in der Lage selbst zu entscheiden, ob externe Unternehmen beauftragt werden müssen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach was genau mit Beratungsleistungen vom Antragsteller gemeint sei, ob bspw. auch die DEKRA-Gutachten für städtische Fahrzeuge damit gemeint seien.

Herr Kley erklärte, dass bspw. der Bereich Bauen zu Beginn des Jahres informiert, welche Gutachten benötigt werden und dieses werde vollumfänglich untersetzt. Aus seiner Sicht werden jedoch auch Gutachten in Auftrag gegeben, die durchaus auch Verwaltungsmitarbeiter hätten erarbeiten können.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme

5 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat sieht mit der zunehmenden Zahl von Beraterverträgen für die Stadt Halle (Saale) Probleme durch Doppelerledigungen von Verwaltungsaufgaben, verstärkten Kontrollnotwendigkeiten der Arbeit der Berater, Abwanderung von Fachwissen aus der Verwaltung, entstehende Abhängigkeiten zu bestimmten Beratern und Ersatz von Weiterbildung durch Einkauf von Fremdwissen.

Der Hauptausschuss beschließt über Inhalt und Umfang von Aufträgen an externe Berater. Ohne diesen Beschluss erfolgt keine Freigabe von Haushaltsmitteln.

zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/11791

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass sich die Mitglieder im Finanzausschuss mehrheitlich darüber einig waren. Er fügte hinzu, dass zudem die Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt die Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse vorsehe.

Der Antrag stellt eine Aufforderung dar, die Verpflichtung aus der Gemeindeordnung zu erfüllen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, ob die Verwaltung ein entsprechendes Konzept vorlegen könne.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, informierte, dass ältere Kinder bspw. an einem zentralen Ort betreut werden könnten, wohingegen wahrscheinlich Eltern ihre jüngeren Kinder eher im häuslichen Umfeld betreut sehen wollen.

Bislang konnten jedoch die Varianten nicht geprüft werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug dem Antragsteller vor, dessen Antrag dahingehend zu ändern, dass ein entsprechendes Konzept im 1. Quartal 2014 für die kommende Wahlperiode vorzulegen sei.

Herr Weihrich erklärte, dass der Vorschlag der Verwaltung übernommen werde.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **dem Stadtrat im 1. Quartal 2014 ein Konzept für ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Stadtratssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates für dessen nächste Wahlperiode vorzulegen.** ~~für die nächste Wahlperiode des Stadtrates ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Stadtratssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates anzubieten. Im 1. Quartal 2014 ist dem Stadtrat ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung vorzulegen.~~

**zu 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte, dass dieser Antrag inhaltlich im Finanzausschuss besprochen wurde. Es handele sich hierbei um einen symbolischen Akt für die internationale Vernetzung und bat um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass für die Abschaltung der Beleuchtung der Hausmannstürme, des Roten Turms und der Oberburg Giebichenstein 135 EUR erforderlich sind.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass es für die Beleuchtung des Händeldenkmales einen Stadtratsbeschluss gebe. Aus seiner Sicht wäre es wirkungsvoller diesen Beschluss umzusetzen, um dann die Beleuchtung entsprechend zur Earth-Hour-Aktion auszustellen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

9 Ja

3 Nein

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich im Jahr 2014 und fortführend am Aktionstag Earth Hour zu beteiligen und entsprechend auch auf die Beteiligung kommunaler Unternehmen einzuwirken.

**zu 7.8 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung
Vorlage: V/2013/11799**

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, informierte, dass nach erheblichem Protest unter anderem der kommunalen Spitzenverbände und der Zivilgesellschaft der Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung nun doch nicht in die EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie aufgenommen werden sollte. Die Stadtverwaltung freue sich über diese Entwicklung und schlägt daher vor, den vorliegenden Antrag als erledigt zu betrachten.

Frau **Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erklärte ihren Antrag für erledigt.

Abstimmungsergebnis:

nicht beraten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zeitnah zu prüfen, welche Mittel sie gegen die zu erwartende EU-Richtlinie zur Dienstleistungskonzession der zurzeit vergaberechtsfreien Wasserversorgung einlegen kann, um diese zu verhindern. Die Stadtverwaltung soll bis Juli 2013 berichten, welche Maßnahmen sie ergreifen will oder in welcher Form sie bereits aktiv geworden ist.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 **Mitteilungen**

zu 9.1 **Fortschreibung Personalbericht 2013 der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2013/11916**

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Die Fortschreibung des Personalberichtes 2013 der Stadt Halle (Saale) wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 **Ausschreibungstext für den Pachtvertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung des Naturbades Heidesees** **Vorlage: V/2013/11959**

Herr Koehn, SPD-Fraktion, fragte nach, ob der Vertrag mit dem bisherigen Pächter nicht verlängerungsfähig sei. Weiterhin merkte er an, dass der jetzige Pächter eine lobenswerte Bewirtschaftung des Heidebades ausübe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass der bisherige Vertrag keine Verlängerungsoption vorgesehen habe. Daher sei die Stadt Halle verpflichtet neu auszuschreiben.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ausschreibungstext sowie die Informationen zur geplanten Durchführung des Interessenbekundungsverfahrens für den Pachtvertrag des Naturbades Heidesees wurden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Satzung des Jugendamtes

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass dem Widerspruch vom 25.06.2013 gegen den Beschluss vom 19.06.2013 zur Satzung Jugendamt per Bescheid stattgegeben wurde.

Der vom Stadtrat gefasste Beschluss wird demnach beanstandet. Eine schriftliche Information werde den Räten zeitnah zugehen.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Dringlichkeitsvorlage TOO GmbH

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass entgegen den getätigten Absprachen in der Sitzung des Stadtrates vom 25.09.2013 die Vorlage vorerst zurückgestellt werde.

Es wurden Vorschläge seitens der TOO GmbH unterbreitet, die ein Vorgehen in den Gesprächen darstellen.

Ausdrücklich wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass die drohende Zahlungsunfähigkeit weiterhin Bestand hat.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu Gesprächen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es ein gemeinsames Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, Herrn Koschig, sowie Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen der Stadt Dessau-Roßlau gegeben habe.

Im Ergebnis werde ein Ausschreibungstext seitens der Stadt Dessau-Roßlau vorgeschlagen, welcher die Beauftragung eines Gutachters vorsieht, der Kooperationsmöglichkeiten und die Zusammenlegung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit dem Anhaltinischen Theater prüfen solle.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, bat bei der Prüfung zu berücksichtigen, unter welchen Voraussetzungen es überhaupt möglich sei diese beiden Häuser zusammenzulegen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte sein Interesse an dem Ausschreibungstext. Weiterhin merkte er an, dass bislang keine Rede von einer Fusion gewesen war, es stand lediglich eine Kooperation beider Häuser zu Debatte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte nach weiteren Ergebnissen des Gespräches.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass das beabsichtigte Gutachten die Prüfung aller möglichen Rechtsformen beinhalten werde.

Herr Wolter merkte an, dass für das Anhaltinische Theater bereits ein Zukunftskonzept vorliege und fragte den Oberbürgermeister, ob es eine Verabredung gebe einen gemeinsamen Auftrag auszugeben.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass die geführte Diskussion keine Grundlage habe. Die Häuser haben unterschiedliche Bühnengrößen, so dass bspw. die Aufführungen nicht an beiden Orten gezeigt werden können.

Aus seiner Sicht wäre auch eine Landesträgerschaft denkbar. Eine gemeinsame Struktur der Häuser erachte er für nicht sinnvoll.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass zunächst die Mitarbeiter der Theater beider Städte miteinander reden sollen. Ist aus menschlicher Sicht ein Miteinander nicht möglich, kann auch ein Gutachten dem nichts entgegensetzen.

Herr Krause befürwortete den Vorschlag von Herrn Bönisch, wonach zunächst die beiden Theater untereinander gemeinsame Gespräche führen. Es dürfe jedoch nicht der Eindruck an die Landesregierung vermittelt werden, dass sich die Probleme von selbst lösen.

Er fragte den Oberbürgermeister, ob es zu diesem Gespräch ein Protokoll gebe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass zu dem Gespräch kein Protokoll gefertigt wurde.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes in der TOO GmbH

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte die Mitglieder des Hauptausschusses, dass der Landesrechnungshof in der Theater, Oper und Orchester GmbH ab dem 30.09.2013 eine überörtliche Prüfung durchführen werde.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Übergabe des Zuwendungsbescheides für den Neubau der Kraftsporthalle

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab bekannt, dass der Zuwendungsbescheid für den Neubau der Kraftsporthalle in der Robert-Koch-Straße von der Landesregierung der Stadt Halle überreicht wurde.

Von den insgesamt 1,7 Mio. EUR für den Bau der Halle trägt das Land 850.000 EUR.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Metropolregion Mitteldeutschland

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass für die „Metropolregion Mitteldeutschland“ eine enge Vernetzung mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland angestrebt werde. .

Hierzu wurde ein Prüfauftrag an die Wirtschaftsinitiative gerichtet, die eine Satzungsänderung vorschlagen soll, mit der auch die umliegenden Landkreise stärker eingebunden werden können.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zu TOP 9.1 Fortschreibung Personalbericht 2013 der Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Bergner fragte nach den Hintergründen, weshalb zwei städtische Mitarbeiter einen außertariflichen Arbeitsvertrag haben.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass dies mit der Umstellung des BAT zum TVöD im Zusammenhang stünde. Er sagte eine schriftliche Antwort zur kommenden Stadtratssitzung zu.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur „Auenschule“

Frau Dr. Bergner fragte nach dem aktuellen Stand der Planungen.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, informierte, dass die Auenschule in der Beantragung für die STARK III Programme berücksichtigt wurde. Spätestens im Oktober könne über den Stand dazu berichtet werden.

Sollte es im STARK III Programm verbleiben, wäre es möglich, dass die Sanierung sich zeitlich weiter nach hinten verschiebe. Es müsse dann entschieden werden wie weiter damit verfahren wird.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Bergner erklärte **Herr Neumann** dass eine Sanierung der Grundschule dann nur noch mit 100 % Eigenmitteln zu finanzieren sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, wies in diesem Zusammenhang auf unterschiedliche Signale seitens des EB ZGM hin. Er bat darum rechtzeitig über die Möglichkeiten, ob Neubau oder Sanierung, informiert zu werden.

Herr Neumann sagte dies zu.

Anfrage Herr Bartl, CDU-Fraktion, zur Briefwahl

Herr Bartl teilte mit, dass die Briefwahlunterlagen beim Pförtner im Rathaus abgegeben werden. Er halte diesen Umstand für äußerst bedenklich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte zu, dass alle für eine Wahl geltenden Vorschriften beachtet und auch eingehalten werden.

Anfrage Herr Bartl, CDU-Fraktion, zu einer beantragten Akteneinsichtnahme

Herr Bartl erinnerte daran, dass bereits im Juli 2013 der Antrag auf Akteneinsicht in die ab 1. Dezember 2012 geschlossenen Verträge beantragt wurde und fragte nach, wann die Einsichtnahme vorgenommen werden können.

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass die Verwaltung die entsprechenden Unterlagen bereits vorbereite.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Personalübersicht

Herr Bönisch erklärte, dass bei den bereitgestellten Unterlagen der Verwaltung die entsprechenden Namen der einzelnen Personen nicht aufgeführt seien. Die vergleichbare Liste, mit Stand 15. Januar 2013, habe die Namen berücksichtigt.

Frau Ernst, Büroleiterin im Büro des Oberbürgermeisters, teilte mit, dass die Namen versehentlich abgebildet wurden. Aus datenschutzrechtlichen Gründen könne die Verwaltung die Namen der einzelnen Personen nicht ausweisen.

Herr Bönisch bat um schriftliche Darstellung der datenschutzrechtlichen Gründe, die diesen Sachstand rechtfertigen.

Letztlich wolle er nur die Information, welche Person sich hinter den abgebildeten Stellen verbirgt.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Verfahrensweise bei Stellenbesetzungen nach geänderter Hauptsatzung

Herr Bönisch stellte fest, dass die Verwaltung bislang keinen Vorschlag eingebracht habe, wie nach der nunmehr geänderten Hauptsatzung die Stellenbesetzungen erfolgen sollen. Es müssen entsprechende Regeln eingehalten werden, so dass bspw. amtierende Stellenbesetzungen zukünftig nicht mehr möglich seien.

Herr Bönisch wies außerdem auf ein Gerichtsurteil hin, wonach der Hauptausschuss vollumfänglich für ein Besetzungsverfahren zuständig sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass bisher der Hauptverwaltungsbeamte einen Vorschlag in den Hauptausschuss eingebracht habe.

Bezüglich des neuerlichen Gerichtsurteils sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu dieses zu prüfen.

Im Hinblick auf die zukünftige Verfahrensweise im Umgang mit zu besetzenden Stellen, entsprechend der geänderten Hauptsatzung, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu, den Mitgliedern des Hauptausschusses einen Vorschlag zu unterbreiten.

zu 11 Anregungen

Es wurden keine Anregungen durch die Mitglieder des Hauptausschusses gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin